AKREF-Nachrichten vom 24.04.2020 bis 01.05.2020

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Asien: Katholische Bischöfe bitten um globalen Waffenstillstand 3

Asien: Länder gehen unterschiedlich mit der Lage um 4

China: Gefährliche Online-Gottesdienste 6

Deutschland: 50 Experten haben sich weltweit ausgetauscht 7

Deutschland: Glockengeläut nicht mit Muezzin-Ruf gleichsetzen 9

Deutschland: Mehrere Einbrüche in Münchner Kirchen 10

Deutschland: Staatsschutz ermittelt wegen „Volksverhetzung“ 11

Indonesien: Muslimischer Fastenmonat Ramadan 13

Irak: Die vergessenen Kinder des Genozids 14

Mosambik: Islamisten kämpfen für ein Kalifat 15

Nepal: Christen werden rausgeworfen 17

Nordkorea: Spekulationen über Kim Jong Un 18

Pakistan: Christen werden bei Lebensmittelvergaben benachteiligt 20

Pakistan: Wenig Schutz für Minderheiten 21

Papua-Neuguinea: Brand zerstört Büro 22

Russland: Gemeindeleben ins Internet verlagert 23

Saudi-Arabien: Auspeitschen als Bestrafung verboten 24

Simbabwe: Christliche Plattform will sozialen und politischen Neubeginn fördern 25

Sudan: Für die Kirche ein Zeichen der Hoffnung 26

Togo: Missionare leiden unter Einschränkungen 27

Venezuela: Neuer Interreligiöser Rat 28

Vietnam: Katholische Kirchen wieder geöffnet 29

Weltweite Aktion: „30 Tage Gebet für die islamische Welt“ 30

Asien: Katholische Bischöfe bitten um globalen Waffenstillstand

in Zeiten der Pandemie

Yangon (Fides) - Die Bischöfe Asiens schließen sich der Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres und von Papst Franziskus nach einem globalen Waffenstillstand angesichts der beispiellosen und wachsenden Bedrohung durch die Coronavirus-Pandemie an: In einer Botschaft bittet auch Kardinal Charles Maung Bo, Erzbischof von Yangon und Präsident der Föderation der Bischofskonferenzen Asiens (FABC), um ein "Ende der Feindseligkeiten auf der ganzen Welt". Wenn man nicht überall auf der Welt aufhöre zu kämpfen, heißt es im Text "wird das Leiden vieler auf der ganzen Welt verlängert und die Heilung auf unbestimmte Zeit verzögert."
"Der ganze Planet steckt in einer Krise", so der Kardinal, "Die Folgen der Pandemie sind katastrophal für die öffentliche Gesundheit sowie für das soziale und wirtschaftliche Leben. Wenn wir wirklich wollen, dass Myanmar zu einem vereinten, friedlichen und prosperierenden Volk wird, ist jetzt die Zeit gekommen, eine schnelle Entscheidung zu treffen für weises, kohärentes und zukunftsorientiertes Handeln. Es ist nicht die Zeit, den Konflikt zu verschärfen, sondern die Krankheit der Kriege zu beenden, die unsere Welt verwüstet".
In der Botschaft erinnert er an die Worte von Papst Franziskus, der 2017 bei einem Besuch in Myanmar betonte, dass "Konflikte nicht durch Krieg und Antagonismus gelöst werden können und die Unterschiede durch Dialog und eine konstruktive Suche nach Frieden überwunden werden müssen".
In Bezug auf Myanmar sagt der Erzbischof von Yangon, dass "Myanmars Anführer der nationalen und ethnischen Gruppen einen Weg wählen können, der Vertrauen und Zusammenarbeit zum Wohl aller fördert und somit die Nation vereint", stellt jedoch fest, dass "kontinuierliche und sogar verstärkte Militäreinsätze von allerorts solchen aufgeklärten Initiativen widersprechen und auch aufgrund der Bombenanschläge, die angeblich auf militärische Ziele abzielen, viel Zivilisten in Gefahr sind. Die Wirtschaft ist bereits ernsthaften Spannungen ausgesetzt und jeder Ansteckungsherd in Flüchtlingslagern bedroht auch die umliegende Bevölkerung ernsthaft".
"Die Wut des Virus zeigt den Wahnsinn des Krieges", bekräftigt der Kardinal und mit Bezug auf António Guterres lanciert er einen Appell mit der Bitte, "bewaffnete Konflikte zu stoppen und sich auf den wirklichen Kampf um unser Leben zu konzentrieren".
Die Botschaft wüdigt und lobt das Engegement der Lander, die in verschiedenen Teilen der Welt wie in Kamerun, auf den Philippinen, im Jemen und in Syrien bereits positiv auf diesen Aufruf reagiert haben, und fordert alle bewaffneten Gruppen auf, "ihre Waffen niederzulegen und sich mit Aufrichtigkeit und Wahrheit zu bewaffnen". indem wir "den schwierigsten Weg gehen und Unterschiede von Angesicht zu Angesicht mit Mut und Intelligenz zu überwinden".
Die Treffen der Organisation "Religios for peace", an denen der Kardinal teilnimmt, "haben gezeigt, dass ein koordinierter Dialog zwischen allen Parteien möglich und fruchtbar ist", heißt es in der Botschaft abschließend, die die Verfügbarkeit, für "einen neuen und zeitnahen Weg des Dialogs zwischen den verschiedenen kämpfenden Parteien auf der ganzen Welt zu fördern und zu vermitteln" betont.
(PA) (Fides 27/4/2020)

Asien: Länder gehen unterschiedlich mit der Lage um

Corona-Pandemie

Astana (Fides) - „Was die Reaktion auf die Pandemie anbelangt, von der alle Länder der Welt betroffen sind, können die zentralasiatischen Republiken in zwei Gruppen unterteilt werden. Einerseits **Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan,** die umgehend gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen im Einklang mit denen der westlichen Industrieländer auf den Weg brachten. Und auf der anderen Seite **Turkmenistan und Tadschikistan** für eine völlig andere Strategie entschieden haben: das absoluten Leugnen. Offiziell gibt es tatsächlich keine Fälle von Coronavirus in den beiden Ländern, obwohl es viele Zweifel daran gibt, ob das wirklich so ist. In Tadschikistan sind Dutzende verdächtiger Todesfälle aufgetreten und Turkmenistan hat eine sehr lange Grenze zum Iran hat, der besonders von der Pandemie betroffen ist", so Davide Cancarini, der sich als Wissenschaftler mit dem zentralasiatischen Raum befasste, gegenüber Fides zum Umgang der Regierungen dieses geografischen Gebiets mit Covid-19.
Die von Tadschikistan und Turkmenistan verfolgte äußerst riskante Politik könnte laut dem italienischen Forscher eine plausible Erklärung ein für das Machtverständnis des tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon und des turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdimuhamedow typisches Element sein: "Die beiden Staatsoberhäupter sind zwar unter vielen Gesichtspunkten unterschiedlich, sie teilen jedoch den in Stein gemeißelten Wunsch, zu verhindern, dass sich potenziell destabilisierende Elemente in ihren jeweiligen Gebieten ausbreiten. Mit anderen Worten, um zu verhindern, dass Kritik an ihrem Führungsstil geübt wird oder die Bevölkerung der beiden Länder durch das Eingeständnis der Ausbreitung des Virus destabilisiert werden könnte, haben sie sich für das absolute Leugnen entschieden. Ganz offensichtlich mit allen Risiken, die dies für turkmenische und tadschikische Bürger mit sich bringt, und auch für die internationale Gemeinschaft insgesamt."
Rahmon, fügt Cancarini hinzu, "hat sogar versucht, diese Phase, in der die Aufmerksamkeit der Welt fast ausschließlich auf das Coronavirus gerichtet ist, zu nutzen, um seine Nachfolge sicherzustellen: In den letzten Tagen hat er seinen ältesten Sohn, Rustam Emomali, zum Sprecher des Senats ernannt. Er nimmt damit die zweitwichtigste Position im Land nach der des Präsidenten ein".
Das vollkommene Fehlen von Covid-19-Fällen in Tadschikistan und Turkmenistan überzeugte die Weltgesundheitsorganisation jedoch nicht, die in der Woche zwischen dem 27. April und dem 3. Mai Missionen zur Bewertung der Lage in die beiden Länder entsenden wird, um die reale Situation vor Ort einzuschätzen.
Wie viele Staaten der ehemaligen Sowjetunion erlangten Tadschikistan und Turkmenistan Anfang der neunziger Jahre ihre Unabhängigkeit zurück und es entstanden Republiken auf der Grundlage eher schwacher Fundamente. Für turkmenische Bürger beispielsweise ist das Konzept der "Armut" ein Tabu, da die Regierung von Gurbanguly Berdimuhamedov, der im Februar 2017 zum dritten Mal an der Spitze des Landes bestätigt wurde, das Gesicht eines Landes zeigen will, in dem Wachstum und Entwicklung herrschen. Gleiches gilt für den Schutz und Ausübung individueller Rechte und Freiheiten.
Laut dem jüngsten Bericht über Pressefreiheit, der im April 2020 von der NGO "Reporter ohne Grenzen" veröffentlicht wurde, liegt Tadschikistan im Ranking der 180 Länder weltweit auf Platz 161 und Turkmenistan sogar auf dem vorletzten Platz, gefolgt von Nordkorea. Die beiden Länder stehen auch im Ranking von "Transparency International" weit hinten: Tadschikistan und Turkmenistan gehören mit Position 153 bzw. 165 zu den Ländern mit den korruptesten Regierungen der Welt.
Das Thema Religionsfreiheit hingegen ist in beiden Ländern von Licht und Schatten geprägt. Die Verfassung von Tadschikistan, die 1994 verabschiedet und 2003 geändert wurde, erkennt das Recht auf Gewissensfreiheit an, wonach jeder Einzelne das Recht hat, sein Verhältnis zur Religion unabhängig zu bestimmen und sich zu einem Glaubensbekenntnis einzeln oder zusammen mit anderen zu bekennen. Ein 2009 in Kraft getretenes "Religionsgesetz" brachte jedoch Einschränkungen mit sich, darunter beispielsweise die Verpflichtung zur Registrierung von Gläubigengruppen und das Verbot des privaten Religionsunterrichts. Die katholische Gemeinde Tadschikistans, die 1997 mit der von Johannes Paul II. gegründeten "Missio sui iuris" wiedererrichtet wurde, hat etwa 100 bis 120 Gläubige in der Pfarrei St. Joseph in Duschanbe und weitere zwanzig in Qurǧonteppa, einer Stadt 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernt.

Was Turkmenistan betrifft, so garantiert Artikel 12 der Verfassung den Bürgern die Religionsfreiheit, aber es gibt andere gesetzliche Bestimmungen, die religiöse Aktivitäten einschränken: Beispielsweise sehen Artikel 76 und 77 des Verwaltungsgesetzbuchs hohe Geldstrafen für Aktivitäten nicht registrierter religiöser Organisationen vor. Die turkmenische katholische Gemeinde besteht aus drei Missionaren der Oblaten von der Makellosen Jungfrau Maria und etwa 250 Gläubigen, die sich in der Kapelle der Verklärung des Herrn in der Hauptstadt Aschgabat versammeln.
(LF-PA) (Fides 29/4/2020)

China: Gefährliche Online-Gottesdienste

Kirchenmitglieder festgenommen während Online-Gottesdienst

[RFA] Am Ostersonntag hat die Polizei in einer konzertierten Aktion in Chengdu in der Provinz Sichuan 8 Mitarbeiter und Kirchenmitglieder festgenommen während sie in ihren Wohnungen an einem Online-Gottesdienst teilgenommen hatten. Etliche wurden nach einer Vernehmung und Verwarnung wieder freigelassen, andere werden noch immer festgehalten.

Wuhan hat keine Covid-19–Patienten mehr

[XH, MSCN] Am 26. April konnte in der von der Corona-Epidemie am stärksten gebeutelten Großstadt Wuhan der letzte Covid-19-Patient, ein 77-jähriger Mann, aus dem Krankenhaus entlassen werden. Damit endete ein 4 Monate langer Alptraum in dieser 11 Millionen-Stadt, in der es Mitte Februar mehr als 38.000 Patienten gab, von denen über 10.000 in einem kritischen Zustand waren. Insgesamt habe es hier über 50.000 bestätigte Infektionen gegeben und 3.869 Todesfälle. In Wirklichkeit waren es höchstwahrscheinlich aber weit höhere Zahlen, doch die Kriterien für die entsprechenden Statistiken wurden in dieser Zeit nicht weniger als 7-mal geändert.

Zu wenige Patienten für klinische Tests

[CSD] In China wurden seit dem Ausbruch der Corona-Epidemie 580 klinische Tests von Medikamenten zur Behandlung von Infizierten durchgeführt. Doch seit Mitte April steht die medizinische Forschung nun vor einem ganz anderen Problem: Es gibt in China inzwischen viel zu wenige Covid-19-Patienten. Deshalb mussten jetzt 45 Medikamententests ergebnislos abgebrochen werden. Der bekannte alte Spezialist auf diesem Gebiet, Dr. Zhong Nanshan, sagte, niemand habe damit gerechnet, dass man die Epidemie so rasch in den Griff bekomme und eine zweite Ausbruchswelle verhindern konnte. Landesweit gab es Mitte April nur noch 1.081 Infizierte, mehr als die Hälfte davon importiert.

5 Millionen Arbeitslose durch Corona

[QI] Als Folge der Corona-Krise haben in China bereits Ende März über 5 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Die staatliche Unterstützung im Fall von Arbeitslosigkeit steckt allerdings noch in den Anfängen.

Quelle: China-Informationen 2020 - 10

Deutschland: 50 Experten haben sich weltweit ausgetauscht

Wie der Business-Bereich auf COVID-19 reagiert

(Bonn, 24.04.2020) In einem kürzlich anberaumten Global Business Call haben sich mehr als 50 Experten aus der ganzen Welt darüber ausgetauscht, wie sowohl Herausforderungen als auch Chancen des Business-Bereichs aufgrund der Corona-Krise zu bewerten seien.

Timo Plutschinski (Hamburg), Direktor der Business Coalition der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA), hat dieses Online-Treffen initiiert, welches gleichzeitig ein vielversprechender Start einer Business Arbeitsgruppe im Rahmen der WEA COVID-19 Task Force war.

Die Task Force wird von Dr. David Boan (Boise Idaho), dem Direktor der WEA-Abteilung für Hilfe und Entwicklung, geleitet. Dr. Boan stellte fest, dass die Rahmenbedingungen zur Kontrolle der Verbreitung von COVID-19 besonders in den armen Ländern unzureichend seien. Dies sei nicht nur eine Gesundheitskrise, sondern es werde zu einer Wirtschaftskrise, für die es keine schnelle Lösung gebe. Insbesondere im globalen Süden werde es zu deutlich mehr wirtschaftlichen Verwerfungen kommen, die eine wesentlich langsamere Erholungsphase der Wirtschaft nach sich zieht.

In Bezug auf das aktuelle Geschäft unterscheidet Reuben Coulter (Nairobi), der CEO des Transformational Business Network, drei Arten von Unternehmen:

1. Unternehmen, die gedeihen werden
2. Unternehmen, die den Sturm überstehen werden
3. Unternehmen, die massiv betroffen sein werden

Er stellte daher die Frage, wie wir einen Notfall-Investitionsfonds einrichten können, um Unternehmen zu unterstützen und ihnen zu helfen, den Sturm zu überwinden und gestärkt aus der Krise herauszukommen.

Auch für aktuelle Geschäftsinhaber hat Chuck Bentley (Knoxville), Vorsitzender des Christlichen Wirtschaftsforums, drei Ratschläge:

1. Prognose für das kurzfristige Worst-Case-Szenario
2. „Über-Kommunikation“ mit allen (Vorstand, Investoren, Kunden, Lieferanten usw.)
3. Möglichkeiten, das Geschäft jetzt auszubauen!

Matthias Böhning (Bonn), WEA-Vertreter bei den Vereinten Nationen, fragte aufgrund seiner Expertise im Bereich Nachhaltigkeit und Katastrophenmanagement: „Was können wir aus dem humanitären Bereich lernen, der auf den Unternehmenssektor angewendet werden kann?“ In diesem Zusammenhang betonte er das Motto „Building back better“ (besser zurückkommen). Das bedeutet, dass eine Katastrophe immer beides, das Beste und das Schlimmste in einem Team, einem Unternehmen oder einer Einrichtung zum Vorschein bringt und demzufolge einen Reinigungs- und Wiederbelebungseffekt hervorrufen kann.

Missy Wallace (New York), Vizepräsidentin der Global Faith & Work Initiative, hat die Disruption erläutert, die COVID-19 verursacht, und ein entsprechendes Disruptionsmodell präsentiert.

Einen Link zur vollständige Präsentation finden Sie unten.

In Bezug auf die Rolle der Geschäftswelt hat Athena Peralta (Genf), Programmleiterin für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit beim Ökumenischen Rat der Kirchen, behauptet, dass das Ziel von Wirtschaft immer der Dienst am Menschen sein muss. Unternehmen sollten Kunden, Mitarbeitern, der Gesellschaft insgesamt, aber auch der gesamten Schöpfung dienen. Da wir jetzt mit diesem globalen Notfall von COVID-19 konfrontiert sind, bräuchten wir eine Antwort, die hilfreich in die Zukunft blicke. Unser christlicher Glaube fordere uns heraus, eine langfristige Perspektive zu haben, die in Hoffnung verwurzelt ist.

Prof. Dr. Dr. Christoph Stückelberger (Zürich), Direktor der Genfer Agape-Stiftung, hat ebenfalls in die Zukunft geschaut und die Frage aufgeworfen, ob wir eine christliche Antwort auf die Schuldenkrise haben. Eine Billion US-Dollar wird nur für den Schuldenerlass in Entwicklungsländern benötigt. Wie können wir die Regierung ansprechen? Können wir als Organisationen etwas tun?

Online-Plattform

Es war eine inspirierende, breit gefächerte und nachdenkliche Debatte, die viele Aspekte eines komplexen globalen Themas abdeckte. Alle Arten von Material zum Thema „Business & Covid-19“ werden nach und nach auf einer Online-Plattform gesammelt.

Service

Aufgrund des Coronavirus besteht weltweit ein großer Bedarf an Schutzmasken und anderen Pandemieprodukten.

Ein christlich geführtes Unternehmen in Hongkong (China), Loudania, ist in der Lage, innerhalb von einer Woche große Mengen lizenzierter Produkte wie N95- und Einwegmasken (Einzelpreis 65 Cent) zu liefern.

Die Produkte können über den Webshop www.godute.com bzw. per E-Mail unter business@worldea.org bezogen werden.

Downloads und Links:

- Vollständige Präsentation des Disruptionsmodells (pdf)
- Prof. Dr. Dr. Christoph Stueckelberger Gedanken im Blick auf COVID-19 (pdf)
- Foto 1: Rev. Timo Plutschinski © privat
- Foto 2: Dr. David Boan © privat
- Foto 3: Reuben Coulter © privat
- Foto 4: Chuck Bentley © privat
- Foto 5: Matthias Böhning © privat
- Foto 6: Missy Wallace © privat
- Foto 7: Athena Peralta © privat
- Foto 8: Prof. Dr. Dr. Christoph Stueckelberger © privat
- Online-Plattform zum Thema „Business & Covid-19“: https://covid19.worldea.org/i-am-a-business-leader/
- Dieses BQ online

Dieses BQ als pdf

Deutschland: Glockengeläut nicht mit Muezzin-Ruf gleichsetzen

EZW kritisiert gemeinsame Aktion von Christen und Muslimen in Berlin

Berlin (idea) – Kritik an einer gemeinsamen Gebetsinitiative von Christen und Muslimen in Berlin hat die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) geübt. Dort läuteten am 3. April die Glocken des Interkulturellen Zentrums der evangelischen Genezareth Gemeinde in Berlin-Neukölln parallel zum islamischen Gebetsruf aus der Dar as-Salam Moschee. Beide Seiten wollten ihren Angaben zufolge „mit dieser Aktion Hoffnung, Zuversicht und Solidarität vermitteln". Die Kirchengemeinde hatte darüber hinaus erklärt, dass Christen und Muslime auf unterschiedliche Weise zu dem einen und selben Gott beteten. Darüber hinaus ertönt der Muezzinruf derzeit in vielen anderen Städten, etwa in Krefeld, Neuwied, Duisburg, Flensburg oder Recklinghausen.

Glockengeläut ist kein Teil des Gebets

Im EZW-Newsletter weist der EZW-Referent für Islamfragen, Friedemann Eißler, diese Absicht zurück. Der islamische Gebetsruf sei nur sehr oberflächlich mit dem kirchlichen Glockengeläut vergleichbar. Er rufe nicht nur zum islamischen Pflichtgebet auf, sondern er proklamiere fünfmal am Tag den Anspruch des islamischen Glaubens. Er sei nicht neutral, sondern grenze sich von anderen Religionen ab, insbesondere vom Christentum, „das nach islamischer Auffassung Gott fälschlich einen ‚Teilhaber' zur Seite stellt". Das Glockengeläut christlicher Kirchen unterscheide sich vom islamischen Gebetsruf vor allem dadurch, dass es nicht als Teil des Gebets aufgefasst werde und keine Botschaft proklamiere. Der islamische Gebetsruf könne, so Eißler weiter, von Nichtmuslimen als eine erzwungene Teilnahme an einer gottesdienstlichen Handlung empfunden werden: „Dabei ist auch an Menschen zu denken, die aus islamisch geprägten Ländern kommen, sich selbst aber nicht oder nicht mehr religiös verstehen."

„Punktsieg" für Muslime

Eißler bezweifelt, dass die Absicht der Organisatoren, ein gesellschaftliches Zeichen der Solidarität zu setzen, an der Basis angekommen sei. So habe der Imam der Berliner Moschee in seiner Videoansprache zu dem „historischen Moment" nicht ohne Stolz verkündet, der Gebetsruf erschalle „zum ersten Mal in der Geschichte" über Berlin. Das habe er mit der Hoffnung verknüpft, dass der Gebetsruf auch nach diesen „außergewöhnlichen Umständen" weiterhin zu hören sein werde. In den Reaktionen auf der Straße und im Internet sei auch ein Triumphgefühl zu spüren gewesen, dass ganz Deutschland vom Islam erreicht werde. Eißler: „Manche Äußerung klang weniger nach Solidarität als vielmehr nach einem Punktsieg für die Verankerung des islamischen Bekenntnisses im öffentlichen Leben."

In Sorge vor einer Weichenstellung zwischen Tür und Angel

Wie Eißler ferner schreibt, ist zudem nur schwer einzusehen, wie der islamische Gebetsruf als solcher eine Verbundenheit von Christen, Muslimen und Angehörigen anderer Religionen ausdrücken soll: „Juden, Buddhisten, Hindus, Bahai und andere haben zudem nichts Vergleichbares." Nach den Worten von Eißler hat der lautsprecherverstärkte Gebetsruf selbst in islamischen Ländern keine lange historische Tradition. Aber er gehöre zum Forderungskatalog der Islamischen Charta des Zentralrats der Muslime in Deutschland von 2002. Eißler zeigt sich in Sorge, dass mit dem Gebetsruf „eine politisch durchaus brisante und womöglich nach der Pandemie kaum revidierbare Weichenstellung sozusagen zwischen Tür und Angel vorgenommen wird". Wie er berichtet, hatten sich am 3. April trotz der Kontaktsperre rund 300 Menschen zum ersten lauten Gebetsruf vor der Dar as-Salam Moschee versammelt. Viele hätten „Allahu akbar" (Gott ist größer) gerufen und Handys gezückt. Die Polizei habe schließlich die Versammlung in Absprache mit dem Imam vorzeitig beendet. Die EZW ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Deutschland: Mehrere Einbrüche in Münchner Kirchen

Neun Opferstöcke ausgeraubt – Ein Einbruch scheiterte an antiker Tür

München (idea) – Noch finden in bayerischen Kirchen wegen der Corona-Pandemie keine öffentlichen Gottesdienste statt. Allerdings sind manche Kirchen tagsüber für Besucher geöffnet. In München nutzten das Kriminelle gleich mehrmals aus. Von drei bekanntgewordenen Einbrüchen in katholische Kirchen berichtete die Münchner Polizei. Mutmaßlich wollten die Täter Spendengelder erbeuten. In der Nacht vom 21. April versuchte ein Unbekannter, die Haupteingangstür zur Dreifaltigkeitskirche gewaltsam aufzureißen. Zwar scheiterte der Mann, doch an der antiken Tür entstand ein Sachschaden von 1.000 Euro. Insgesamt neun Opferstöcke der Stadtpfarrkirche St. Peter raubten ein oder mehrere Täter aus. Sie hebelten in der Nacht des 1. April die Seitentür der Kirche auf. Ein weiterer Opferstock wurde komplett gestohlen. Möglicherweise auf der Suche nach sakralen Gegenständen durchwühlten die Einbrecher Schubladen und Schränke in der Sakristei. Der Beuteschaden ist unbekannt. Wie die Abendzeitung (München) berichtete, suchten im März Opferstockdiebe mehrmals die Heilig-Geist-Kirche heim. Zwei Männer wurden festgenommen. Ihre Beute sei gering ausgefallen, da kaum Geld in den Spendenboxen gewesen sei.

Deutschland: Staatsschutz ermittelt wegen „Volksverhetzung“

Bremer Pastor Latzel entschuldigt sich bei Homosexuellen: Sie sind willkommen

Bremen (idea) – Der evangelikale Bremer Pastor Olaf Latzel hat sich bei Homosexuellen dafür entschuldigt, dass er den Eindruck erweckt haben könnte, er halte sie für „Verbrecher“. Das sagte Latzel in einer Erklärung am 26. April im Online-Gottesdienst seiner St.-Martini-Kirchengemeinde. Zum Hintergrund: Wenige Tage zuvor war bekanntgeworden, dass der Bremer Staatsschutz gegen ihn wegen „Volksverhetzung“ ermittelt. Zudem prüft die Bremische Evangelische Kirche dienstrechtliche Schritte gegen ihn. Der Anlass: In einem Seminar „Biblische Fahrschule zur Ehe“ im Oktober 2019 mit 30 Paaren aus der Gemeinde hatte Latzel in freier Rede auch über Homosexuelle gesprochen. Sein Vortrag war auf YouTube veröffentlich worden, ist dort inzwischen aber nicht mehr abrufbar. Unter anderem beklagte er, Kinder würden indoktriniert, dass Homosexualität normal sei.

Wen Latzel mit „Verbrechern“ meinte

Der 52-Jährige bedauerte in seiner Erklärung das Missverständnis im Zusammenhang mit dem Wort „Verbrecher“. Wörtlich sagte er in der Erklärung, die der Evangelischen Nachrichtenagentur idea vorliegt: „In dem Eheseminar sprach ich an einer Stelle von Verbrechern. Dieses bezog sich nicht auf homosexuell lebende Menschen, sondern auf militante Aggressoren, die uns als Gemeinde in den letzten Jahren immer wieder angegriffen und gotteslästerlich diffamiert haben.“ So sei etwa ein Gottesdienst mit Pfarrer Ulrich Parzany (Kassel) von etwa 50 gleichgeschlechtlichen sich küssenden Partnern gestört worden, die sich anschießend Prügeleien mit der Polizei geliefert hätten. Wiederholt sei die St.-Martini-Kirche mit Slogans wie „God is gay“ (Gott ist schwul) beschmiert worden. Latzel: „Diese Gruppe von Straftätern ist von mir mit dem Begriff ‚Verbrecher‘ gemeint gewesen.“

Ja zum Sünder, Nein zur Sünde

Latzel wies Vorwürfe als unbegründet zurück, er und seine Gemeinde seien „homophob“. Wie er sagte, gehören auch homosexuell empfindende Glaubensgeschwister zu seiner Gemeinde: „Homosexuelle sind in St. Martini, wie jeder andere Mensch, willkommen.“ Allerdings werde in seiner Gemeinde „klar zwischen dem eindeutigen ‚Ja zum Sünder‘ und dem ebenso eindeutigen ‚Nein zur Sünde‘ unterschieden“. Latzel zufolge sind nach der Lehre der Bibel alle Menschen Sünder (Römer 3,23-24). Die Heilige Schrift benenne klar Geldgier, Ehebruch, Neid, Lieblosigkeit, Jähzorn, Rache, Geiz, Trunkenheit oder Unzucht als Sünde. Dazu gehöre auch die Homosexualität. Latzel verwies zur Begründung auf entsprechende Bibelstellen (3. Mose 18,22 & 20,13; Römer 1,26-27). Dieses eindeutige Zeugnis im Wort Gottes könne und werde er als Pastor nicht anders verkündigen und lehren, „auch wenn man dadurch in weiten Teilen der verfassten Kirche, der Politik und der Presse zunehmend Ausgrenzung und Diffamierung erfährt“. Wie Latzel gegenüber idea sagte, hat er für seine Haltung in E-Mails und Telefonaten zahlreiche zustimmende Reaktionen aus ganz Deutschland bekommen: „Glaubensgeschwister versichern mir, dass sie hinter mir stehen und für mich beten.“ Von der Staatsanwaltschaft sei er noch nicht kontaktiert worden. Ein Sprecher der Bremer Staatsanwaltschaft bestätigte gegenüber idea den Eingang einer entsprechenden Anzeige. Inhaltlich könne er noch nichts sagen, da das Material erst noch gesichtet werden müsse.

Kirchenleitung geht auf Distanz zu Latzel

Scharfe Kritik an der Haltung Latzels übte die Bremische Evangelische Kirche. Deren leitender Geistlicher, der Schriftführer des Kirchenausschusses, Bernd Kuschnerus, teilte mit, man distanziere sich „entschieden von den abwertenden Äußerungen, die Pastor Olaf Latzel in dem ‚Eheseminar' gemacht hat": „Der Kirchenausschuss verurteilt auf das Schärfste die Äußerungen, in denen Menschen herabgesetzt, beleidigt und in ihrer Würde verletzt werden." Die Kirchenleitung stehe klar an der Seite homosexuell lebender Menschen. Weiter heißt es: „Mit seinen Äußerungen schadet Herr Latzel der Bremischen Evangelischen Kirche, der Gemeinschaft der einzelnen Gemeinden und allen gesamtkirchlichen Einrichtungen." Die Präsidentin des Kirchenausschusses, Edda Bosse, sagte: „Bereits in der Vergangenheit haben wir Äußerungen von Herrn Pastor Latzel erlebt, die bis an die Grenze des Erträglichen gingen, diese Grenze ist jetzt überschritten." Der Kirchenausschuss beobachte sehr genau das eingeleitete Verfahren und prüfe davon ausgehend mögliche dienstrechtliche Schritte. Latzel war bereits 2015 mit einer Predigt in die Kritik geraten. Damals hatte er über das gemeinsame Gebet von Christen und Muslimen gesagt: „Das ist Sünde, und das darf nicht sein. Davon müssen wir uns reinigen." Zur Anfrage, ob man mitmachen müsse, „wenn die (Muslime/Anm.d.Red.) uns einladen zu ihrem Zuckerfest und all diesem Blödsinn", sagte Latzel: „Nein, da müssen wir ganz sauber bleiben." Das Aufstellen von Buddha-Statuen bezeichnete er als „Götzendienst". Die Predigt rief heftige Proteste hervor. Latzel sagte später, er würde aus heutiger Sicht „einiges differenzierter sagen". Für die Schärfe mancher Aussagen hatte er bereits kurz nach der Predigt um Entschuldigung gebeten.

Indonesien: Muslimischer Fastenmonat Ramadan

Besuche bei Verwandten und Wallfahrten verboten

Jakarta (Fides) - Für den "heiligen Monat Ramadan", der für die muslimische Glaubensgemeinschaft am Abend des 23. April begann und am 23. Mai mit dem Fest "Id-ul-Fitr" enden wird, verbietet der indonesische Präsident Joko Widodo ("Jokowi") die traditionellen Besuche der indonesischen muslimischen Bürger in ihren Heimatdörfern ("Mudik"). Normalerweise machen sich dazu Tausende Familien und Einzelpersonen auf den Weg. Der heilige Monat des islamischen Fastens, an dem die Mehrheit der Bürger Indonesiens teilnimmt, wird es also nicht weder die üblichen Reisen noch Wallfahrten geben. Die Gläubigen sollen den Monat vorwiegend zuhause begehen.
Die Entscheidung des Präsidenten zielt darauf ab, in einer Nation mit 230 Millionen Muslimen (etwa 90% einer Bevölkerung von 260 Millionen Einwohnern) zu verhindern, dass mindestens 30 Millionen Indonesier durch das Land reisen, und eine weitere Verbreitung von Covid 19 verirsachen, nachdem bereits bereits über 7.400 Infektions-Fälle und über 630 Opfer in Indonesien registriert wurden. Die Regierung hatte zuvor ein "Reiseverbot" erlassen, das sich nur auf Angestellte öffentlicher Einrichtungen und staatseigener Unternehmen bezog, während indonesische Muslimen vom Reisen abgeraten wurde (dieses aber nicht ausdrücklich verboten war). Das absolute Verbot tritt heute, Freitag, 24. April, in Kraft und mögliche Strafen werden ab dem 7. Mai verhängt.
Das Verbot betrifft vor allem den "Großraum Jakarta" als das Epizentrum der Coronavirus-Epidemie und als eine der größten Metropolregionen der Welt mit über 30 Millionen Einwohnern: Polizisten kontrollieren die Zufahrtsstraßen und erlauben nur den Transport von Lebensmitteln, medizinischen Geräten und Treibstoff.
Jokowis Schritt basiert auf einem Präzedenzfall: Ende Februar hatte die orthodoxe islamische Bewegung "Tablighi Jama'at" mit einem viertägigen religiösen Treffen in Kuala Lumpur mit über 15.000 Teilnehmern zur Verbreitung von Covid-19 in Malaysia beigetragen. Der Verband veranstaltete später dieselbe Konferenz in Sulawesi (Indonesien) und trug auch dort zur Verbreitung des Virus im indonesischen Archipel bei.
In dem asiatischen Land hatten auch christliche Kirchen an Ostern die Feierlichkeiten ausgesetut und die Form aller anderen liturgischen Feiern aufgrund der Covid-19-Pandemie geändert. Angesichts der wachsenden Ansteckung forderte die Regierung alle Religionsgemeinschaften, einschließlich der 23 Millionen Christen des Archipels, auf, Versammlungen und Gottesdienste abzusagen und sich über die Massenmedien mit den Gläubigen Kontakt zu halten .
(MG-PA) (Fides 24/4/2020)

Irak: Die vergessenen Kinder des Genozids

Jahrestag der Entscheidung des Yezidischen Hohen Rates

(GfbV) Am **27. April 2019** entschied der Yezidische Hohe Rat im Irak über das Schicksal von Kindern, die von Kämpfern des sogenannten „Islamischen Staates" (IS) in Vergewaltigungen gezeugt wurden: Vorerst dürfen seitdem nur ihre yezidischen Mütter – nicht aber die Kinder – in die Gemeinschaft zurückkehren. „Am ersten Jahrestag dieses Beschlusses möchten wir an das fortwährende Leid der yezidischen Gemeinschaft erinnern. Diese Gemeinschaft hat Undenkbares erlebt und wartet immer noch auf Gerechtigkeit", erklärt Lina Stotz, Referentin für Minderheiten und Nationalitäten bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Am 3. August 2014 hatte der IS einen Völkermord an der yezidischen Gemeinschaft verübt, in dessen Zuge neben Ermordungen und Massenvertreibung auch 6.000 yezidische Frauen und Mädchen vom IS entführt und zwangsverheiratet wurden. Viele der Frauen wurden daraufhin schwanger. Es geht um hunderte von Kindern.
Die von einer radikalen Auslegung des Korans geprägten irakischen Gesetze, einige von Traditionen beeinflussten Regeln sowie schwere Traumata und mangelnde Rechte der Gemeinschaft in ihrer Heimat erklärten diese Haltung. Für die Kinder aber sei die Entscheidung fatal. Seitdem stünden Frauen, die sich aus IS-Gefangenschaft befreien und Kinder haben, vor der Wahl: entweder sie behalten ihre Kinder oder sie kehren in ihre yezidischen Familien zurück. Das Ergebnis seien viele staatenlose Waisenkinder mit ungewisser Zukunft.
„Den Kindern von Vergewaltigungsopfern kann nur geholfen werden, wenn der ganzen yezidischen Gemeinschaft als solcher geholfen wird", so Stotz. Helfen müsse die irakische Regierung: Die irakische Verfassung sei auf dem islamischen Scharia-Recht aufgebaut, weshalb die Kinder von vergewaltigten Yezidinnen als Muslime gelten und als solche registriert würden. Ihre yezidischen Mütter dürften hiernach die Kinder nur behalten, wenn sie selbst zum Islam konvertieren, da „islamische Kinder" von Nicht-Muslimen nicht versorgt werden dürften. Diese Gesetzgebung würde als große Hürde zur Aufnahme der Kinder empfunden und unterstützt fatalerweise indirekt die genozidalen Absichten des IS.
Außerdem warteten hunderttausende yezidische Vertriebene noch darauf, zurückkehren zu können in ihre Heimat im Nordirak. Sie leben seit über fünf Jahren in Flüchtlingslagern. Die irakische Regierung müsse dringend für Sicherheit und Wiederaufbau in dieser Region sorgen, damit sie zurückkehren können. Ein Leben mit gleichen Rechten und Pflichten sei für die Gemeinschaft immer noch in weiter Ferne.
Auch Deutschland sei in der Pflicht: Die Kinder und ihre Mütter bräuchten dringend speziell auf sie zugeschnittene humanitäre Hilfe. Zudem sollten besonders bedürftige Kinder und ihre Mütter nach Deutschland gebracht werden, um hier dringend nötige psychologische Betreuung zu erfahren. Dies ist in ihrer Heimat nicht möglich.
„Kinder, die in Vergewaltigung gezeugt wurden – etwa im Nachkriegseuropa, Bosnien und Ruanda – waren und sind mit Ausgrenzung und Hass konfrontiert. Wir hoffen, dass so etwas nicht wieder geschieht und dass die yezidische Gemeinschaft unterstützt wird, sodass diese Kinder eine Zukunft haben", so Stotz.

Kontakt: Lina Stotz, Referentin für ethnische, sprachliche und religiöse Minderheiten

E-Mail: L.stotz@gfbv.de, presse@gfbv.de

Mosambik: Islamisten kämpfen für ein Kalifat

Zahlreiche Todesopfer bei mehreren Angriffen, Christen bislang nur am Rand betroffen

(Open Doors, Kelkheim) – Islamische Extremisten in Mosambik haben in der nordöstlichen Küstenprovinz Cabo Delgado zahlreiche Menschen ermordet. Die jüngste Serie von Angriffen begann am 23. März und dauerte bis in die erste Aprilwoche. Unter den zerstörten Gebäuden waren auch zwei Kirchen und mehrere Wohnhäuser von Geistlichen. Obwohl die christliche Gemeinschaft bei den bisherigen Vorfällen nur am Rand betroffen war, könnte die wachsende Instabilität im Land zu einem massiven Anstieg der Christenverfolgung führen.

Massaker wegen Widerstand gegen Rekrutierung

Open Doors ist besorgt um die Sicherheit der Christen in der an Gasvorkommen reichen Provinz Cabo Delgado. Seit 2017 haben Islamisten neun der 14 Bezirke in der Provinz angegriffen.

Der Angriff mosambikanischer Dschihadisten mit den bisher meisten Todesopfern fand in der ersten Aprilwoche statt. Dort tötete eine Gruppe, die sich auch Al Shabaab nennt und ein Kalifat in Mosambik erstrebt, 52 Menschen im Dorf Xitaxi bei Muidumbe. Es dauerte mehr als zwei Wochen, bis die Nachricht von dem Angriff bekannt wurde. Ein Polizeisprecher sagte gegenüber den Medien: „Die Kriminellen versuchten, junge Menschen für ihre Reihen zu rekrutieren, aber es gab Widerstand. Dies provozierte den Zorn der Kriminellen, die wahllos – grausam und teuflisch – 52 junge Menschen töteten." Lokale Kontaktpersonen von Open Doors haben erfahren, dass die Dschihadisten am Mittwoch, dem 1. April, auch vier weitere Dörfer in der Nähe von Muidumbe überfallen haben. Im Dorf Miangalewa brannten sie eine Kirche nieder und zerstörten weitere Einrichtungen in Dörfern namens Namacunde, Ntchinga und Moatid.

Der Angriff auf die Küstenstadt Mocimbao da Praia am 23. März dauerte etwa 17 Stunden. Die Täter brannten laut lokalen Kontaktpersonen öffentliche Gebäude nieder, ließen Gefangene aus dem örtlichen Gefängnis frei, bewegten sich ungehindert auf den Straßen und trugen eine schwarze Dschihad-Flagge. Nach Informationen von Open Doors wurden bei diesem Angriff zwei Frauen getötet, die genauen Umstände sind jedoch unbekannt. Zwei Tage später griffen sie auch die nahe gelegene Stadt Quissanga an, zerstörten das Polizeipräsidium, verbrannten öffentliche und private Fahrzeuge und töteten sechs Regierungssoldaten. Sie griffen auch das Dorf Mussomero in der Nähe von Quissaga und Mecula in der Provinz Niassa an, wo sie eine Kirche niederbrannten und zwei Häuser von Pastoren derselben Kirche sowie das Wohnhaus eines katholischen Priesters zerstörten.

„Wir kämpfen nicht für Reichtum, wir wollen nur das islamische Recht"

Laut AFP machte am Donnerstag ein Video in sozialen Medien die Runde, in dem sich die Angreifer – zum Teil in mosambikanische Armeeuniformen gekleidet – aus der Residenz des Distrikt-Gouverneurs in Quissanga mit den folgenden Worten an die Bevölkerung wandten: „Wir rufen Sie auf, hierher zu kommen und unter dieser Flagge zu kämpfen", sagte einer von ihnen auf Portugiesisch. „Wir kämpfen nicht für Reichtum, wir wollen nur das islamische Recht."

Open Doors verzeichnete im Berichtszeitraum zum aktuellen Weltverfolgungsindex 120 Übergriffe auf Christen und 12 Morde. Die UNO bestätigte eine drastische Eskalation der Instabilität seit November letzten Jahres, darunter Angriffe auf Busse, Brandanschläge am Weihnachtstag und Überfälle auf Soldaten der Armee.

Religiöser Zusammenhalt gefährdet – Aufruf zum Gebet

„Die Eskalation der Gewalt in Mosambik ist gefährlich. Die Mehrheit der Bevölkerung in den nördlichen Teilen des Landes sind gemäßigte Muslime, während die zentralen und südlichen Regionen von Christen dominiert werden. Aber wenn die Regierung nicht daran arbeitet, die Situation unter Kontrolle zu bringen, könnte die anhaltende Gewalt den religiösen Zusammenhalt untergraben, der heute zwischen den Menschen in Mosambik besteht. Wir rufen die Unterstützer auf der ganzen Welt dazu auf, anhaltend für die Kirche in dieser Region zu beten", kommentierte Jo Newhouse, Sprecher der Arbeit von Open Doors in Subsahara-Afrika.

Mosambik zählt nicht zu den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex 2020, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Es gehört jedoch zum erweiterten Kreis der „Länder unter Beobachtung".

Quellen: AFP, Open Doors

Bitte beten Sie für die Christen in Mosambik:

- Beten Sie für alle von den Angriffen Betroffenen, dass sie Jesus als Tröster und Heiler erleben.
- Beten Sie für die Regierung, dass es ihr gelingt, die Stabilität in der Provinz Cabo Delgado wiederherzustellen.
- Beten Sie für die Christen und Gemeinden in der Region, dass sie selbst im Glauben gefestigt sind und den Menschen in ihrem Umfeld Botschafter der Liebe Gottes sein können.

siehe auch AKREF vom 16.4.20

Nepal: Christen werden rausgeworfen

(AVC) Eine Kirche in Nepal erhielt rote Plastikstühle von der lokalen kommunistischen Regierung. Es war ein Geschenk der Dankbarkeit für die gute Kinder- und Jugendarbeit, die die Gemeinde in dieser Region macht. An einem anderen Ort wiederum ist der Druck auf die Christen so groß, dass sie sich nur heimlich treffen können.

Pastor Hiralal berichtet davon, dass Konvertierte aus buddhistischem und hinduistischem Hintergrund in seiner Stadt plötzlich obdachlos werden, weil sich die Verwandten öffentlich von ihnen lossagen und sie aus ihrem Zuhause rauswerfen. Einige von ihnen schaffen es, vorübergehend im Ausland etwas Geld zu verdienen, um sich in ihrer Heimat wieder ein Haus bauen zu können.

Nach Regierungsangaben machen die Christen in Nepal offiziell nur 1.4% der Gesamtbevölkerung aus, doch die tatsächliche Zahl liegt weit höher.

Wir beten ...
> dass sich die konvertierten Christen nicht vom Druck der Familie abschrecken lassen,
> für die christlichen Bauern, die während des COVID-19 Lockdowns von ihrem eigenen Reis verschenken und ein starkes Zeugnis für Jesus sind,
> für die zahlreichen nepalesischen Gastarbeiter, die im Ausland mit dem Glauben in Berührung kommen und Christen werden.

Nordkorea: Spekulationen über Kim Jong Un

was bewegt die Christen? Geflohener Christ beklagt einseitiges Interesse der Medien / „Ich habe der Kim-Familie vergeben“

(Open Doors, Kelkheim) – Wie geht es Kim Jong Un? Über den Gesundheitszustand des nordkoreanischen Staatschefs kursieren in den letzten Tagen zahlreiche Spekulationen. Doch welche Konsequenzen hätte ein Regimewechsel für die Christen in dem Land, das seit vielen Jahren an der Spitze des Weltverfolgungsindex steht? Was hoffen sie, wofür beten sie? Open Doors ist diesen Fragen nachgegangen, unter anderem im Gespräch mit Geflüchteten.

Was wissen wir?

Da Kim Jong Un – wie sein verstorbener Vater und Großvater – wie eine Gottheit behandelt wird, werden Informationen über ihn nur äußerst zurückhaltend veröffentlicht. Die nordkoreanische Regierung wird nur dann schlechte Nachrichten verkünden, wenn sich etwas nicht mehr leugnen lässt; und bisher hat sie über Kim Jong Uns Gesundheitszustand geschwiegen. Das ist überraschend, denn immer, wenn in der Vergangenheit in den internationalen Medien über seine Gesundheit spekuliert wurde, hat die nordkoreanische Regierung darauf mit Propaganda-Botschaften reagiert.

Wie würde sich Kim Jong Uns Tod auf die Situation der Christen auswirken?

Kim Jong Un war nicht einmal 30 Jahre alt, als er ein Land „erbte“. Die meisten Generäle und Politiker trauten ihm wegen seiner Unerfahrenheit nicht zu, das Land zu führen. Doch er arbeitete an seinem öffentlichen Image und tat dies, indem er Härte und Entschlossenheit demonstrierte – auch gegen die Christen. Eine neue Führungspersönlichkeit würde höchstwahrscheinlich dasselbe tun müssen. Die Situation für Christen und andere als Staatsfeinde eingestufte Gruppen wäre weiterhin äußerst angespannt.

Besteht unter dem derzeitigen Regime Hoffnung, dass sich die Lage der Christen bessern könnte?

Solange Kim Jong Un und seine Familie Nordkorea mit allumfassender Macht regieren, wird das Land die Christen verfolgen. Das Regime betrachtet das Christentum als ernsthafte Bedrohung für diese Machtfülle. Ein kürzlich veröffentlichter Propagandafilm mit dem Titel „Das konterrevolutionäre Wesen schamanistischer Religion und religiösen Aberglaubens“ wurde dazu benutzt, das gesamte nordkoreanische Volk im ganzen Land gegen Schamanen und Christen zu indoktrinieren.

Wie denken die nordkoreanischen Christen über die Situation?

Sie beten intensiv für die Situation. Die meisten Flüchtlinge außerhalb Nordkoreas sind sehr besorgt. Wegen der Covid-19-Beschränkungen können sie derzeit keinen Kontakt zu ihren Familien aufnehmen. Wir können nicht für alle Flüchtlinge sprechen, aber viele empfinden große Vorbehalte gegenüber der derzeitigen Führung. Es fällt ihnen schwer, Kim Jong Un und allem, was er repräsentiert, zu vergeben. Timothy Cho*, dem vor einigen Jahren die Flucht gelang, sagt dazu: „Das ist für jeden Nordkoreaner eine schwierige Frage. Aber aus meiner Glaubensüberzeugung als Christ sage ich ‚ja‘. Ich habe der Kim-Familie vergeben.“ An den aktuellen Diskussionen um Kim Jong Uns Gesundheit stört Timothy allerdings etwas:

„Als die UN-Untersuchungskommission im Jahr 2014 über die Menschenrechtsverletzungen Nordkoreas berichtete – eine Dokumentation der unsäglichen Brutalität der Kim-Familie –, zeigten nicht viele Medien weltweit Interesse. Doch nun, da derjenige verschwunden zu sein scheint, der für diese Brutalität, Unterdrückung und Verfolgung verantwortlich ist, fragen fast alle internationalen Medien danach. Wir müssen für die Menschen in Nordkorea beten und Gott bitten, sie in seine Hände zu nehmen.“

**Name geändert*

Bitte beten Sie für die Christen in Nordkorea:

- Beten Sie für die Familien der Geflüchteten, die oft besonders im Visier der Behörden stehen.
- Beten Sie für die tausenden Christen in den berüchtigten Arbeitslagern, die dort wegen ihres Glaubens unsäglich leiden.
- Beten Sie, dass Jesus sich den Menschen in Nordkorea gerade in dieser ungewissen und schwierigen Zeit als Heiler und Erlöser offenbart.
- Beten Sie für Kim Jong Un und die Machthaber, dass sie ihre Knie vor Jesus Christus beugen und beginnen, ihr Land in Gerechtigkeit zu regieren.

Pakistan: Christen werden bei Lebensmittelvergaben benachteiligt

Kritik kommt von der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit

Karatschi (idea) – In Pakistan haben Christen auch in der Corona-Krise mit Benachteiligung zu kämpfen. So sollen ihnen Hilfsorganisationen Lebensmittelpakete aufgrund ihres Glaubens vorenthalten haben. Das berichtet etwa die Online-Zeitung Asia News. In Pakistans größter Stadt Karatschi (Provinz Sindh) habe die Nichtregierungsorganisation Saylani Welfare International Trust – sie hilft Obdachlosen und Saisonarbeitern – Christen und Hindus Nahrungsmittelhilfen mit der Begründung verweigert, diese seien allein Muslimen vorbehalten. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) äußerte sich beunruhigt über diese Berichte. Das Kommissionsmitglied Anurima Bhargava bezeichnete solche Aktionen als „verwerflich". Nahrungsmittelhilfen dürften nicht aus Glaubensgründen verweigert werden: „Wir fordern die pakistanische Regierung nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Nahrungsmittelhilfe der Verteilungsorganisationen zu gleichen Teilen Hindus, Christen und anderen religiösen Minderheiten zugutekommt", so die Menschenrechtsanwältin. Von den knapp 200 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus. Mehr als 13.300 Menschen (Stand: 27. April) haben sich mit dem Coronavirus infiziert, 281 bislang gestorben.

Pakistan: Wenig Schutz für Minderheiten

Müllabfuhr und Gebäudereinigung: Beschäftigte aus den Reihen der Minderheiten während der Corona-Krise besonders gefährdet

Lahore (Fides) - In Pakistan sind etwa 95% der Arbeitskräfte, die bei der Müllabfuhr und bei der Reinigung von Krankenhäusern, Schulen und öffentlichen Einrichtungen beschäftigt sind, Mitglieder der religiösen Minderheiten: Diese Männer und Frauen, insbesondere Hindus und Christen, sind während der Corona-Epideie einem besonders hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Sie sammeln kontaminierte Abfälle in Quarantänestationen in Krankenhäusern und im ganzen Land, und laufen Gefahr, bei den Schutzaßnahmen vernachlässigt zu werden. Der Oberste Gerichtshof Pakistans stellte deshalb in einem Urteil vom 13. April "für die in Krankenhäusern und anderen Orten bei der Reinigungs- und Desinfektions beschäftigten Arbeitskräfte", "den erforderlichen Schutz".
Die Arbeitskräfte, die für die Reinigung und Entsorgung gefährlicher Abfälle aller Art verantwortlich sind, haben bei der Arbeit kaum Schutzausrüstung zum persönlichen Schutz. "Wir fordern die Behörden nachdrücklich auf, sich schnell mit der Situation zu befassen, da nach Angaben des Obersten Gerichtshofs alle in der Sanitärversorgung beschäftigten Arbeitnehmer und insbesondere alle Mitarbeiter, die neben Ärzten tätig sind, mit angemessener Schutzausrüstung ausgestattet werden sollen", so Samuel Piyara, Präsident des Forums für den Schutz der Rechte von Minderheiten.
Shahid Mushtaq Asi, Präsident der Union der Mitarbeiter der Müllabfuhr, beklagt, dass Abfälle aller Art, einschließlich der sanitären Abfälle, von diesen Arbeitern ohne besondere Vorsichtsmaßnahmen gesammelt werden. "Wir hatten die Behörden gebeten, diesen Arbeitern Desinfektionsmittel und Handschuhe zur Verfügung zu stellen. Und keiner von ihnen wurde bisher auf Coronavirus getestet. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs wird bisher nicht umgesetzt", betont er.
Prof. Dr. Muhammad Ashraf Nizami, Präsident der "Pakistan Medical Association", betont gegenüber Fides, dass "das Urteil des Obersten Gerichtshofs richtig ist und respektiert werden muss: Das Reinigungspersonal, das auf den Infektionsstationen arbeitet, benötigt wie alle angemessene Ausrüstung, denn es handelt sich um Mitarbeiter des medizinischen Personals, die direkt für die Patientenversorgung zuständig sind. "
"Wir begrüßen die Intervention des Obersten Gerichtshofs und verpflichten uns, seine Anweisungen für die Sicherheitsmaßnahmen von Gesundheitspersonal und Reinigungskräften zu befolgen", sagte Ijaz Alam Augustine, Bundesminister für Menschenrechte und Minderheiten, nach seinem Besuch in einem Krankenhaus, in dem alle Mitarbeiter bereits mit angemessenem Schutz ausgestattet waren.
Die Tatsache, dass die Mitarbeiter der Müllabfuhr und Gebäudereinigung meist religiösen Minderheiten angehören, beruht auf dem alten Kastensystem, das in den Gesellschaften des indischen Subkontinents immer noch weit verbreitet ist. In Pakistan wurde diese diskriminierende Praxis auch von öffentlichen Institutionen gefördert, in denen Arbeitsplätze größtenteils "Nicht-Muslimen" vorenthalten sind. "Es ist eine Doppelmoral", betont die Justitia-et-Pax-Kommission der pakistanischen Bischöfe und "ene diskriminierende Behandlung von religiösen Minderheiten".
(KN-PA) (Fides 28/4/2020)

Papua-Neuguinea: Brand zerstört Büro

Sieben Büros beim Brand in Kimbe zerstört, darunter auch die ADRA-Aussenstelle

Wahroonga, NSW/Australien | 28.04.2020 | APD | Am 24. April wurde das Büro der ADRA-Zweigstelle in Kimbe, Hauptstadt der Provinz West New Britain auf der Insel Neubritannien, die östlich der Hauptinsel liegt, durch einen Brand zerstört. Menschen seien nicht zu Schaden gekommen, aber sechs Unternehmen, die neben ADRA in diesem Gebäude Büros gemietet hatten, hätten alles verloren, berichtet *Adventist Record* AR, Kirchenzeitschrift im südpazifischen Raum.

Demnach sei das Feuer im Erdgeschoss ausgebrochen und habe sich schnell ausgebreitet. Ein Mitarbeiter der *Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Papua-Neuguine* a habe rechtzeitig das Gebäude verlassen können. Das Hilfswerk habe aber neben der Einrichtung auch diverse Gegenstände, darunter Drucker, Tablets, Smartphones sowie einen Beamer verloren. Die Brandursache werde laut AR abgeklärt.

Quelle: www.apd.media

Russland: Gemeindeleben ins Internet verlagert

(LiO) (Blagoweschensk) berichtet: „Aufgrund des Ausgeh- und Versammlungsverbots hat sich auch unser Gemeindeleben ins Internet verlagert. Was ich noch bis vor zwei Monaten für unvorstell-bar gehalten hatte, erleben wir nun: Gottesdienste und Hauskreise finden über Online-Plattformen statt. Besonders interessant ist, dass wir dadurch mehr Menschen erreichen als sonst. Denn die Gemein-deglieder leiten die Links für unsere Online-Programme an Freunde und Kollegen weiter und hören viele positive Rückmeldungen. So mancher meldet sich und sagt, dass er die Predigten mit großem Interesse anhört. Auch ein Studienkollege, den ich seit 25 Jahren nicht gesehen hatte, meldete sich überraschend bei mir, nachdem er einen unserer Gottesdienste verfolgt hatte. Nun sind wir im Kontakt und tauschen uns u.a. über geistliche Fragen aus!“ Bitte beten Sie

dafür, dass Gott die Online-Gottesdienste gebraucht, um viele Menschen zum Glauben an Christus zu erwecken.

„dass wir diese Zeit der Quarantäne gut nutzen und Wege finden zu Menschen, die in diesen Tagen besonders offen sind“.

„Da wir glauben, dass Gott früher oder später dem Virus Einhalt gebieten und eine Rückkehr zum ‚normalen Leben‘ ermöglichen wird, wagen wir auch, nach vorne zu denken. In etwa drei Monaten hoffen wir, als Gemeinde umzuziehen in andere, eigene Räumlichkeiten. Und zwar in das historische Gebäude, das schon vor über einhun-dert Jahren den russischen Baptisten gehört hatte und sich mitten in Blago befindet … Noch zu Zeiten der Zaren erbaut, war die Zahl der Gemeindeglieder damals auf bis zu 1000 Personen angewachsen, allein die Sonntagsschule (der Kindergottesdienst) hatte rund 300 Kinder gezählt! Dann kamen die Kommunisten an die Macht und mit ihnen begann die Verfolgung. Viele leitende Christen wurden damals getötet oder inhaftiert, den anderen Gläubigen wurde es verboten, sich zu versammeln, und das Gebäude wurde enteignet. Seit den Anfängen unseres ‚neuen Russlands‘, also seit 25 Jahren, haben sich Christen unserer Stadt dafür eingesetzt, das Gebäude zurück-zuerhalten – lange ohne Erfolg. Im letzten Jahr aber entschied das Gericht schließlich, vorläufig einen Teil des Gebäudes an die Baptis-ten (zu denen wir offiziell gehören) zurückzugeben. Nun wurde uns vom Verband der Baptisten zugesprochen, diesen Gebäudeteil als Gemeinde nutzen zu dürfen. Wir sehen darin großes evangelisti-sches Potential, weil wir damit in eine strategisch optimale Lage im Zentrum Blagos ziehen – in die Nachbarschaft von zwei Universitäten mit Studentenwohnheimen sowie größeren Einkaufszentren und Wohngegenden. Der Versammlungsraum ist nicht sehr groß aber ausreichend, um uns als eine erste, eigene Gemeinde-Basis gut zu dienen. Innen und außen heruntergekommen, wollen wir das Ge-bäude in Eigenarbeit herausputzen. Außerdem werden wir uns wei-terhin bemühen, das gesamte Gebäude vom Staat zurückzuerhalten. Wir können uns dafür sogar auf ein Gesetz berufen, das bisher jedoch nur zugunsten der Orthodoxen Kirche Anwendung gefunden hat.

Bitte beten Sie mit dafür“, dass das gelingt!

Beten Sie bitte dafür, dass der Dienst dieser Gemeinde in den neuen Räumlichkeiten dazu führen wird, dass sich viele gemeindefremde Menschen einladen lassen – in die Gemeinde,
aber vor allem zu Christus.

Bitte beten Sie

dafür, dass viele Menschen sich in diesen unsicheren Zeiten Christus anvertrauen und in ihm Halt und Hoffnung finden.

für alle unsere Missionare weiterhin um viel Weisheit und Fanta-sie, um den Menschen die Gute Nachricht trotz erschwerter Umstände in Wort und Tat bringen zu können.

dass die Funktion des Internets für diesen Zweck erhalten bleibt

Quelle: Missionswerk Licht im Osten

Saudi-Arabien: Auspeitschen als Bestrafung verboten

Saudi-Arabien hat das Auspeitschen als Strafe untersagt. Stattdessen sollen Haft- oder Geldstrafen verhängt werden. Das teilte die staatlich kontrollierte Menschenrechtskommission mit. Zudem sollen Taten, die von Minderjährigen begangen wurden, nicht mehr mit dem Tod, sondern mit maximal zehn Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Entscheidungen sind Teil eines Reformprozesses, den König Salman und Kronprinz Mohammed anstreben.

Von: dn aus israelnetz.com

Simbabwe: Christliche Plattform will sozialen und politischen Neubeginn fördern

Zweieinhalb Jahre nach Robert Mugabe

Harare (Fides) - Die christlichen Kirchen, die in Simbabwe seit jeher aktiv und allgemein anerkannt und wertgeschätzt werden, wollen dem afrikanischen Land helfen, aus dem Tunnel der Schwierigkeiten herauszufinden, in dem es sich befindet. Dazu haben sie eine Plattform ins Leben gerufen, die den einen integrativen und interaktiven Dialog aller Komponenten der Gesellschaft fördern und einen endgültigen Versöhnungspakt entwickeln soll, der sich als erster neuer Schritt für eine echte politische und soziale Wiederbelebung Simbabwes versteht.
Zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit Robert Mugabe, der in Simbabwe fast 38 Jahren lang an der Macht war, abtrat und zur Überraschung von Beobachern in aller Welt Emmerson Mnangagwa, wenn auch mit äußerst begrenztem Spielraum, das Amt überließ. Vorausgegangen waren hart umkämpfte Wahlen im Juli 2018, die das Land zwar in Aufruhr versetzten gleichermaßen bei den rund 17 Millionen Einwohnern große Hoffnungen weckten. Viele davon wurden enttäuscht. Und am 18. April wurde der 40. Jahrestag der Unabhängigkeit, der trotz einer beginnenden Verbreitung von Covid-19-Infektionen (die bestätigten Fälle sind etwa dreißig mit vier Todesfällen) gefeiert und wird als einer der finstersten in die Geschichte eingehen: Es droht ein bevorstehender Staatbankrott angesichts einer Rekordinflation (über 600%), grassierender Arbeitslosigkeit (95%) und 7,5 Millionen Bürgern, die Hunger leiden....

LINK bei http://omnisterra.fides.org/articles/view/139

Sudan: Für die Kirche ein Zeichen der Hoffnung

Bisher keine Unruhen während der Corona-Pandemie

El Obeid (Fides) - “Teils wegen der Angst im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Coronavirus, teils weil der Dialog trotzdem fortgesetzt wird, gab es hier im Sudan zuletzt keine weiteren Ausschreitungen", so der Vorsitzende der Bischofskonferenz von Sudan und Südsudan, Bischof Bischof von El Obeid Tombe Trille, im Interview mit Fides. Mit einem prekären Gesundheitssystem und einer sozioökonomischen Situation, die unter jahrelanger Diktatur leidet, blickt der Sudan, der gerade in eine neue politische Phase eintritt, mit großen Befürdhtungen auf die Ausbreitung des Coronavirus. Die biesher diagnostizierten Fälle sind über 240 und die Toten 21.
"Die Regierung”, so der Bischof , “bat darum, Versammlungen zu vermeiden (und verhängte die vollständige Sperrung im Bundesstaat Khartum ab Mitte April), und wir feierten deshalb die Karwoche mit einer begrenzten Anzahl von Gläubigen, maximal 50. Wenn die Regierung uns darum bittet, werden wir natürlich alles schließen, bis die Sicherheit wieder gewährleistet ist. Wir sind besorgt über die Flüchtlingslager, sowohl wegen der allgemeinen Bedingungen als auch weil es uns nicht möglich ist, dort unter solchen Bedingungen unsere ständige pastorale und soziale Präsenz sicherzustellen. Auf jeden Fall ist Ostern kein isoliertes Ereignis sondern für die Kirche ein dauerhafter Zustand: Es dauert das ganze Jahr über, jede heilige Messe ist für uns ein Osterfest und wir werden Gelegenheit haben, es später wieder gebührend zu feiern."
In der Zwischenzeit konnte auch Stephen Ameyu Mulla am Sonntag, dem 22. März, endlich sein Amt als neuer Erzbischof der südsudanesischen Hauptstadt Juba antreten. Seine Ernennung wurde zunächst von einer Gruppe von Laien und Ordensleuten vor dem Hintergrund ethnischer Spaltungen abgelehnt und konnte erst nach einer Untersuchung durch den Heiligen Stuhl erfolgen.
"Seit der Amtseinführung von Erzbischof Ameyu gab es keine Proteste oder Uruhen mehr. Auch dank seiner Antrittsrede, die ausschließlich auf Versöhnung beruht, haben sich die Gemüter sehr beruhigt. Es ist ein gutes Zeichen, das uns Hoffnung auf eine gemeinsame und friedliche Zukunft sowohl für den Südsudan als auch für den Sudan gibt. Die Bevölkerung braucht das und beginnt Anzeichen neuer Hoffnung zu erkennen."
(LA) (Fides 28/4/2020)

Togo: Missionare leiden unter Einschränkungen

Corona-Pandemie: Berichte

Sokodé (Fides) - “Auch für uns gelten die Einschränkungen, es dürfen weder Sonntags- noch Wochentagsmessen stattfinden. Also gibt es für uns auch keine Kollekte mehr am Sonntag. Bei uns gab es zwei Kollekten: eine für die Mission und eine für die Kirche. Seit zwei Monaten erhalten wir keine Spenden mehr und wir müssen weiterhin unseren Lebensunterhalt bestreiten und für Fixkosten aufkommen", schreibt Pater Silvano Galli, Priester der Gesellschaft für die Arikamissionen (SMA).
"Auch hier in Sokodé sind wir alle unter Kontrolle, seit sich die Epidemie von einem Rasta-Zentrum im Dorf Kuvon am Rande der Stadt ausgebreitet hat. Das Zentrum, das mit einer Reihe von Unterkünften für Besucher ausgestattet ist, ist als Ort für animistischen religiöse Praktiken bekannt“, so der Missionar. In der auch im Ausland bekannten Einrichtung, das von den Betreibern als Zentrum der Spiritualität bezeichnet, wird fand vor kurzem ein Treffen mit Delegierten statt, die zum Teil aus den USA und Kanada kamen.“Einige ausländeischen Gäste waren mit Coronaviren infiziert und wurden nach Lomé überführt, wo ungefähr 180 Teilnehmer des Treffens getestet wurden, wobei der Test aber negativ ausfiel", so Pater Galli. Pater Galli zitiert den Leiter des Zentrums, der betont, dass "abgesehen von dem bereits bekannten Fall, bei dem es sich um einen Togoer handelte, die gesamte getestete Gemeinde negativ war". Man habe jedoch alle unter Quarantäne gestellt und durch die Bereitstellung eines medizinischen Teams, versucht festzustellen, inwieweit die Quarantäne beendet werden kann. "Mit der Gnade Gottes, den wir alle anflehen”, so der Betreiber des Zentrums“, wird das Coronavirus schnell wie ein schlechter Wind ohne einen Todesfall an Sokodé vorbeiziehen. Wir hoffen, dass bald jeder seine normalen Aktivitäten in aller Ruhe wieder aufnehmen kann".
Unterdessen gilt in Sokodè zusätzlich zu den landesweiten Präventionsmaßnahmen eine nächtliche Ausgangssperre von 20 bis 6 Uhr morgens. „Bei der häuslichen Isolation ist das Problem etwas komplizierter”, betont Pater Silvano. “Die Regierung hat für Frauen für die nächsten drei Monate eine monatliche Hilfe von 12500 Francs (20 Euro) und für Männern von 10500 Francs zugesagt. Damit man den Zuschuss erhält muss man den Wahlausweis vorlegen. Manche sagen jedoch bereits, dass sie, wenn sie weiterhin eingesperrt sind, möglicherweise nicht am Coronavirus, sondern an Hunger sterben werden. "
Der Missionar betont abschließend, dass „die Menschen hier von ihrer täglichen Arbeit leben. Wenn sie nicht auf die Felder gehen dürfen, wenn sie nicht auf den Markt gehen können, werden sie nicht überleben. Aber hier ist jeder daran gewöhnt, mit täglich dem Tod zu kämpfen und zu leben und selbst in tragischen Situationen zu lächeln”.
(SG/AP) (Fides 28/4/2020)

Venezuela: Neuer Interreligiöser Rat

will gemeinsamen Beitrag zum Wohl des Landes leisten

Caracas (Fides) - Vertreter der christlichen Konfessionen und Gemeinschaften (Katholiken, Evangelikale, Anglikaner und Adventisten), der jüdischen Gemeinde und einer Gruppe sozialer Organisationen schließen sich in einem interreligiösen Rat zusammen, der "mit Reflexion und Handelns auf der Grundlage von Pluralität, einen Beitrag leisten will, einen Konsens zu erzielen, um die ernsten Probleme unserer Gesellschaft zu lösen", so der Weihbischof von Caracas und Generalsekretär der venezolanischen Bischofskonferenz (CEV), José Trinidad Fernández.
"Wir haben uns seit November 2019 regelmäßig getroffen, ermutigt durch die Suche nach Lösungen, die zum Wohl des Landes und Frieden beitragen, die es uns erlauben, Möglichkeit aufzuzeigen, Vertrauen aufzubauen, wo Unsicherheit herrscht, Hoffnung zu sehen, wo nur Todesfälle zu verzeichnen sind", so Bischof Fernández während der Pressekonferenz.
In dem neuen Rat sind die katholische Bischofskonferenz, der Evangelischen Rat, die Adventistische Kirche, doie Jüdischen Gemeinde, der Union der Konföderierten Christlichen Kirchen (UNICRISTIANA), die Anglikanischen Kirche und dem Rat der Historischen Kirchen von Caracas vertreten.
Der interreligiöse Rat möchte die Integration und die gemeinsamen Anstrengungen zwischen den verschiedenen Sektoren des Landes stärken. Er versteht sich als Raum der Gemeinschaft "ohne Ausschlüsse" für alle religiösen, politischen und sozialen Komponenten des Landes, die zum Wohl der venezolanischen Familie zusammenarbeiten und die Tugenden praktizieren möchten, die die Grundlage für gutes politisches Handeln bilden: soziale Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, gegenseitiger Respekt , Toleranz und Achtung der Freiheiten, so der Generalsekretär der Venezolanischen Bischofskonferenz.
Er betonte in diesem Zusammenhang auch, dass der Rat "Vielfalt zum Ausdruck bringt und seinen Beitrag zur Schaffung der Identität des Landes, das wir wollen" leistet, der angesichts des humanitären Notstands und der durch Covid-19 verursachten globalen Krise sowie angesichts der Migration als dringend erachtet wird, „ damit unser geliebtes Volk die Krise überwinden, den Frieden wiederentdecken und gemeinsam mit dem Wiederaufbau des Landes beginnen kann".
"Diese gemeinsame Arbeit von Kirchen, Religionsgemeinschaften, religiösen Organisationen und sozialen Sektoren wird es uns ermöglichen, die möglichen Zeichen von Frieden und Versöhnung mit integrativen Konstruktionsmechanismen aufzuzeigen, die von einem partizipativen und aufmerksamen Geist angetrieben werden, der in der Lage ist, Werte wiederherzustellen und dringende Maßnahmen, die unser Volk heute braucht ", so der Bischof abschließend.
(CE) (Fides 24/04/2020)

Vietnam: Katholische Kirchen wieder geöffnet

Kein einziger Todesfall seit Beginn der Corona-Epidemie: Öffentliche Gottesdienste dürfen wieder gefeiert werden

Hanoi (Fides) – Angesichts des hervorragenden Managements der Corona-Krise und der dadruch nur begrenzten Verbreitung der Krankheit konnten katholische Gemeinden in Vietnam die Feier öffentlicher Gottesdienste bereits wieder aufnehmen. Bischof Alphonse Nguyên Huu Longvon von Vinh, erlaubte die Feier von Gottesdiensten, "um den spirituellen Bedürfnissen der Katholiken und dem starken Wunsch nach der Eucharistie gerecht zu werden". Bisher waren die Gottesdienste nur online gefeiert wordewn, aber seit dem 25. April, erklärte der Prälat, für drei Diözesen in Vietnam (Vinh, Ha Tinh und My Tho) eine Art "halbnormalem" Zustand, nachdem auch die Regierung die Anti-Corona-Maßnahmen gelockert hatte. Der Bischof von Vinh (mit etwa 290.000 Gläubigen) bat die Priester jedoch kurze Messen zu feiern, mit einer kleinen Präsenz von Gläubigen und unter Achtung der sozialen Distanz und die Feier von Gottesdiensten auf zwei Messen an Wochentagen und vier an Sonntagen zu beschränken.

Die von den Vertretern der Kirche getroffene Entscheidung, die den katholischen Gläubigen in Vietnam Hoffnung macht, war möglich, weil in Vietnam in den letzten zehn Tagen keine Zunahme von Coronavirus-Fällen zu verzeichnen war, mit Ausnahme von zwei jungen Studenten, die aus Japan zurückgekehrt waren. Sie waren positiv getestet worden und wurden sofort isoliert. Eines der südostasiatischen Länder mit einer Grenze zu China - und damit viel näher als andere am ursprünglichen Epizentrum der Weltpandemie - kann daher ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis vorweisen: Vietnam registriert landesweit eine Gesamtzahl von 270 infizierter Patienten mit eine fast gleichwertigen Anzahl genesenen Personen und vor allem keinem einzigen Todesfall. Es gehört zu den wenigen Ländern der Welt, die ein solches Ergebnis erzielen konnten, obwohl es zu den ersten gehört, in denen das Virus festgestellt wurd, das sich seit dem 23. Januar über die chinesischen Grenzen hinaus verbreitete. Derzeit befinden sich fast 70.000 Menschen in Quarantäne und über 350 sind in speziellen Gesundheitseinrichtungen untergebracht.

Das dicht besiedelte asiatische Land hat sehr früh Sperrmaßnahmen ergriffen, die die Ausbreitung von Covid-19 verhindert haben: Infketionsherde führten zur vollständigen Schließung ganzer Gebiete oder Dörfer geführt. Diesem Modell des "kontrollierten Managements", das auch dem starken Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen gegenüber der gesamten Gemeinschaft zuzuschreiben ist, folgten dann auch andere Länder in der Region.

In Vietnam gibt es über 6,3 Millionen und 300.000, etwa 7% der Bevölkerung mit insgesamt 95 Millionen Einwohnern.

(MG-PA) (Fides 28/4/2020)

Weltweite Aktion: „30 Tage Gebet für die islamische Welt“

Evangelische Allianz will zum Verständnis der muslimischen Kulturen beitragen

Bad Blankenburg (idea) – Die Deutsche Evangelische Allianz (Bad Blankenburg) ruft Christen dazu auf, sich an der internationalen Aktion „30 Tage Gebet für die islamische Welt“ zu beteiligen. Sie findet vom 24. April bis 23. Mai statt – parallel zum islamischen Fastenmonat Ramadan, der in diesem Jahr am Abend des 23. April begann. Während dieser Zeit verzichtet ein Großteil der 1,8 Milliarden Muslime in aller Welt zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang auf Essen, Trinken, Rauchen und Sex. Die Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz geben zu der Aktion zwei Gebetshefte – darunter eines für Kinder und Familien – heraus, die in einer Gesamtauflage von rund 63.000 Exemplaren erschienen sind.

Verschiedene muslimische Strömungen werden vorgestellt

Wie es im Vorwort des aktuellen Heftes heißt, hat die Gebetsinitiative das Ziel, „den Lesern beim Verständnis der muslimischen Welt zu helfen“. Innerhalb des Islams gebe es unterschiedliche Überzeugungen, wie ein Muslim leben sollte. Vielfältige Strömungen hätten die muslimischen Kulturen im Laufe der Zeit beeinflusst und verändert. Einige würden im aktuellen Gebetsheft aufgegriffen. So werden muslimische Bewegungen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und in den USA vorgestellt. An sieben Tagen sind vor allem die Muslime in Indien im Blick, an einem Tag geht es um die Islamische Revolution vor 41 Jahren im Iran.

Weltweit etwa eine Million Beter

Den Angaben zufolge ist die 1992 gestartete Aktion eine der größten Gebetsketten in der Welt. Die Artikel würden in 30 Sprachen übersetzt und in 40 Nationen verbreitet. Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Reinhardt Schink (München), schätzt, dass sich weltweit rund eine Million Christen an der Gebetsinitiative beteiligen (www.30tagegebet.de). Auf der Facebookseite „30 Tage Gebet für die islamische Welt“ sind täglich Informationen und Gebetsanliegen erhältlich. Diese Inhalte kann man auch jeden Tag über die App von „Deutschland betet“ auf sein Smartphone bekommen. Das Gebetsheft steht auf der Internetseite der Allianz zum Herunterladen bereit.

(siehe: https://30tagegebet.de/)

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:
Deutsche Evangelische Allianz (DEA)
Spendenkonto:
IBAN: DE87520604100000416800
BIC: GENODEF1EK1
Evangelische Kreditgenossenschaft
Verwendungszweck „AKREF"
Gerne können Sie auch online spenden.

Links

www.csi-de.de

https://islam.ead.de/

https://akref.ead.de/

https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]